

E 2001 (B) 1/81

*Le Chef du Département politique, F. Calonder,
au Ministre de Suisse à Paris, A. Dunant*

Copie

L

Bern, 8. März 1919

Wie Ihnen schon mitgeteilt wurde, habe ich die formelle Seite der Stellung des Herrn Professor Rappard nunmehr definitiv geordnet im Sinne des von mir den hiesigen Vertretern Grossbritanniens, Frankreichs, Nordamerikas, Italiens und Japans zugestellten Aide-Mémoires.¹ Sie besitzen Kopie dieses Aide-Mémoires. Es war dies die denkbar beste und einfachste Regelung dieser Angelegenheit. Sie hatten allerdings unter anderm auch den Vorschlag gemacht, Herrn Professor Rappard der dortigen Gesandtschaft zuzuteilen, aber gegen diese Lösung sprach die Erwägung, dass der Auftrag des Bundesrates an Herrn Rappard nicht offiziellen Charakter hat und nach aussen möglichst wenig hervortreten soll. Ich teile aber ganz Ihre Auffassung – und das ist auch die Auffassung des Herrn Professor Rappard –, dass Sie und Herr Professor Rappard stets in engster Verbindung

1. *Cet aide-mémoire du 6 mars 1919 est ainsi conçu:* Le Conseil fédéral a envoyé Monsieur le Professeur Rappard à Paris, à titre non officiel, comme son homme de confiance pour maintenir avec les Délégations des Etats Alliés un contact utile à la résolution des questions qui intéressent la Suisse. (J.I.149, Mission Paris 1919 I + III). *Pour les discussions sur la situation de Rappard, voir aussi nos 200, 205 note 3.*



mit einander wirken und sich jeweils aufs Genaueste gegenseitig auf dem Laufenden halten sollen.

/.../

Wie uns durch den schwedischen Gesandten in Bern mitgeteilt wurde, hat die schwedische Regierung auf Grund einer Besprechung mit Lord Cecil die Mitteilung erhalten, dass die Neutralen sehr wahrscheinlich zu einer nicht offiziellen Besprechung des Völkerbundsprojektes zugezogen werden, falls sie das wünschen und falls sie dem Projekte der Alliierten sympathisch gesinnt sind. Der hiesige Vertreter Schwedens wollte wissen, ob wir eine ähnliche Mitteilung bekommen hätten und was wir zu tun gedächten. Ich teilte ihm mit, dass wir eine solche konfidentielle Mitteilung bisher gar nicht erhalten haben und dass ich infolgedessen auch nicht Gelegenheit gehabt habe, die Frage dem Bundesrate vorzulegen. Die Frage wird also immer wichtiger und dringlicher: In welcher Form wird die Schweiz zur Besprechung der Völkerbundsfragen zugezogen und wird man ihr, ja oder nein, das Recht einräumen, zu dem Völkerbundsprojekte der Alliierten noch Abänderungs- und Ergänzungsanträge zu stellen? Ich fürchte sehr, dass die Alliierten mit Rücksicht namentlich auf die Stellung des Präsidenten Wilson uns vor ein «fait accompli» stellen und uns einfach erklären: «c'est à prendre ou à laisser.»

Ich sehe Ihren Mitteilungen speziell über diese Seite der Völkerbundsfrage mit einiger Spannung entgegen. Der Bundesrat wird zu einer ersten Aussprache über den Völkerbund nächsten Montag zusammentreten. In der deutschen Schweiz macht sich eine sehr deutliche Opposition gegen den Entwurf der Alliierten bemerkbar, namentlich aus zwei Gründen:

1. Weil er grundsätzlich nicht allen Nationen, welche die nötigen Garantien für die Erfüllung ihrer Pflichten als Mitglied des Völkerbundes bieten, offen steht. Wenigstens findet man, dass die bezügliche Bestimmung nicht deutlich und positiv genug sei.

2. Wird sehr scharf kritisiert, dass nach dem Pariser-Entwurf der Krieg unter gewissen Voraussetzungen noch immer erlaubt sein soll.

In Bezug auf die Frage der Neutralität gehen die Meinungen in der Schweiz noch auseinander. Einzelne Kritiker werfen dem Bundesrat vor, dass er nicht konsequent sei: entweder sei der Völkerbund etwas wert und dann müsse die Schweiz als gleichberechtigtes und gleichverpflichtetes Mitglied unter Preisgabe der Neutralität beitreten, oder aber der Völkerbund, wie ihn die Alliierten vorschlagen, erfülle seinen Zweck nicht, und dann solle die Schweiz überhaupt nicht Mitglied desselben werden und ihre bisherige, internationale Stellung nicht verändern.

Letzten Samstag sprach Herr Minister Stovall bei mir vor und machte mir folgende streng konfidentielle Mitteilung: Herr Colonel House habe sich für Lausanne als Sitz des Völkerbundes entschieden und er glaube, dass auch die andern massgebenden Staaten der Entente diesen Vorschlag annehmen werden. Herr Sekretär Wilson [!] sei nach Lausanne gegangen, um sich in Bezug auf Überlassung eines genügenden Bodenareals in geeigneter Lage für die Einrichtungen des Völkerbundssitzes zu besprechen. Wir haben von dieser konfidentiellen Mitteilung

8 MARS 1919

457

auch Herrn Professor Rappard Kenntnis gegeben. Unser Standpunkt ist klar und gegeben: Für den Fall, dass wir dem Völkerbund beitreten, müssen wir alles daran setzen, dass der Sitz des Völkerbundes der Schweiz zugeteilt werde. Wir hatten bisher Genf im Auge, weil wir glaubten, dass diese Stadt vermöge ihrer internationalen Beziehungen und Traditionen am meisten Aussicht habe. Sollte nun entgegen dieser unserer bisherigen Annahme der Wunsch der Alliierten dahingehen, den Sitz in Lausanne, oder in der Nähe von Lausanne, oder überhaupt auf Gebiet des Kantons Waadt zu errichten, so ist der Bundesrat selbstverständlich auch mit dieser Lösung einverstanden. Es liegt also nicht in der Stellung des Bundesrates und seiner Vertreter, für die eine dieser zwei Städte Partei zu ergreifen und die eine gegen die andere auszuspielen, vielmehr stellen wir uns auf den Standpunkt: Sitz des Völkerbundes in der Schweiz, ob Genf oder Lausanne, ist von unserem schweizerischen Standpunkt aus unerheblich. Nach meiner Kenntnis der Lage hat die Stadt Bern oder irgend eine andere Schweizerstadt keine Aussicht, als Sitz des Bundes Berücksichtigung zu finden. Es kann sich also tatsächlich nur um Genf oder Lausanne handeln.

P.S. Zu Ihrer Orientierung teile ich noch mit: Der jetzt in Bern tagende internationale Kongress betreffend den Völkerbund ist uns durchaus nicht besonders sympathisch. Wir konnten ihn aber auch nicht verhindern. Eine Einladung zu diesem Kongress habe ich infolgedessen abgelehnt. Ich teile Ihnen das mit, weil in den Zeitungen zu lesen war, dass Herr Knellwolf der Versammlung die Sympathie des Chefs des Politischen Departements ausdrückte. Herr Knellwolf hat meine bezügliche Bemerkung durchaus unrichtig interpretiert. Ich hatte bloss bei Ablehnung der Einladung bemerkt, dass meine Sympathie für den Völkerbund und die darauf gerichteten Bestrebungen zur Genüge bekannt seien. – Ich teile Ihnen dies mit für den Fall, dass Sie von irgend einer Seite über das Verhältnis des Bundesrates zu dem gegenwärtigen Bernerkongress befragt werden sollten.